

Budget: Das ist vom Abstimmungskampf in Biel zu erwarten

Der Finanzgraben in der Bieler Politik verspricht einen heissen Abstimmungskampf. Wir zeigen, wie sich die Lager vorbereiten.

Lino Schaeren und Jérôme Lécho

Nach dem Stadtrat ist vor dem Urnengang: Die Allianz aus linken Parteien und soziokulturellen Institutionen muss das diese Woche verabschiedete Bieler Budget 2023 vor der Stimmbevölkerung verteidigen. Der linke Schulterabschluss dafür wurde längst vollführt: Die Parteien haben sich bereits vor mehreren Monaten zu einem Bündnis zusammengeschlossen, und mit Blick auf drohende Sparmassnahmen wurde der Verein «Biel für alle» reaktiviert. Den Bürgerlichen ihrerseits bleibt nach der krachenden Niederlage im Stadtparlament keine Zeit, um Wunden zu lecken. Sie werden das linke Budget vor der Abstimmung vom 27. November vehement bekämpfen, wie eine Nachfrage bei den bürgerlichen Parteien zeigt.

Auf bürgerlicher Seite wären zumindest FDP und GLP im Vorfeld der Stadtratsdebatte bereit gewesen, über eine Unterstützung des Budgets zu diskutieren, und das trotz einer markanten Steuererhöhung. Nachdem die linke Mehrheit das Paket des Gemeinderats jedoch ordentlich zerzaust hat, indem viele der Sparmassnahmen gestrichen wurden, ist klar: Der Bürgerblock geht geschlossen in die Opposition.

KMU üben Widerstand

Dabei will er es den Linken gleich tun und seine Reihen schliessen: Ziel sei es, mit allen bürgerlichen Parteien sowie mit Verbänden und Organisationen in den Abstimmungskampf zu ziehen, sagt SVP-Fraktionschefin Sandra Schneider. Die SVP hatte als einzige Partei eine Unterstützung des Budgets wegen der Steuererhöhung bereits vor dessen Behandlung im Stadtrat ausgeschlossen. Entsprechend habe man sich frühzeitig Gedanken gemacht zu möglichen Allianzen und zur Abstimmungskampagne, so Schneider. In den nächsten Tagen, sagt



Baut an einer bürgerlichen Allianz: SVP-Fraktionschefin Sandra Schneider.

Bilder: Rabih Haj-Hassan

sie, sollen Gespräche mit möglichen Partnern stattfinden.

Klar ist: Eine Steuererhöhung ist für eine Gegenkampagne ein einigermaßen dankbares Thema. Die Frage ist, ob sich die doch sehr unterschiedlichen Kräfte auf bürgerlicher Seite von rechts aussen bis hin zur Mitte finden. Ein Zusammengehen mit der SVP schliesst zumindest Dennis Briechle, Präsident der GLP-Fraktion, nicht aus. Eine gemeinsame Kampagne sei denkbar, da es sich hier um eine Sachfrage handle, in der vielleicht nicht alle dieselbe Ideallösung sehen; in der man sich jedoch in einem Punkt einig sei: «Das vorliegende Budget ist nicht ausgewogen, sondern sieht praktisch nur eine Steuererhöhung vor und ist daher nicht vertretbar.»

Ähnlich klingt es bei der FDP, das linke Verhalten sei «erschreckend», sagt Stadtrat und Vorstandsmitglied Peter Bohnenblust. Auch er geht davon aus, dass seine Partei gemeinsam mit den anderen bürgerlichen Kräften in die Kampagne einsteigen wird. Noch

müsse das aber parteiintern diskutiert werden. «Wir wollten hier nicht vorgreifen in der Hoffnung, dass die linke Ratsmehrheit doch noch einsichtig wird», so Bohnenblust. Mit einem geschlossenen Auftreten, glaubt er, stünden die Chancen jedoch gut, das Budget an der Urne zu kippen.

Auf Hilfe zählen können die bürgerlichen Parteien auch vom Verein Bieler KMU. Das bestätigt Präsidentin Miriam Stebler: «Eine Steuererhöhung für Unternehmen geht nicht», sagt sie. «Stattdessen bräuchte es endlich eine klare Finanzstrategie.» Und sie ortet weiteres Sparpotenzial: «Bei der Kultur, im Sozialen oder aber auch im Sport.» Stebler sagt, dass der Gewerbe-Verein eine gemeinsame Kampagne mit den bürgerlichen Parteien prüfe. «Es geht nicht, dass für das Gewerbe immer mehr Hürden aufgestellt werden.» Sie prophezeit: Werden die Unternehmenssteuern, wie von den Linken verlangt, hochgeschraubt, sei das nicht nur schlechte Werbung für mögliche Zuzüger. Es werde



Hat mit dem bürgerlichen Widerstand gerechnet: Grünen-Vize-Fraktionsvorsteher Stefan Rüber.

auch bestehendes Gewerbe aus Biel wegziehen.

«Stehen in Verantwortung»

Auch auf der linken Seite bereitet man sich auf einen Abstimmungskampf vor. Es überrasche sie nicht, dass die bürgerlichen Parteien das Budget an der Urne bekämpfen wollen, sagt Anna Tanner (SP). Es sei immer angekündigt worden, dass sie das tun würden, falls vorgeschlagene Sparmassnahmen gestrichen werden. «Aber ich finde es sehr schade, denn es ist sehr wichtig, dass wir ein Budget haben.» Und auch Stefan Rüber (Grüne) hat den Widerstand auf bürgerlicher Seite erwartet. Auch er hofft, dass das Budget einer bürgerlichen Front im Abstimmungskampf widerstehen wird. «Ohne das Budget haben wir es versäumt, einen ersten wichtigen Schritt zu machen, um die finanzielle Situation der Stadt zu verbessern und für die Stadt wichtige Leistungen aufrechtzuerhalten», so Rüber.

Für die linken Parteien geht es um viel. Tanner sagt: «Wir se-

hen uns jetzt in der Verantwortung, Gas zu geben, damit das Budget durchkommt. Auch, weil es jetzt ein linkes Budget ist.» Aber es geht der Linken nicht nur darum zu beweisen, dass sie die Mehrheitsverhältnisse im Rat auch an der Urne bestätigen können. Sondern mit diesem Budget sollen Institutionen und Leistungen erhalten bleiben, für die die linken Parteien in Reaktion auf die Sparpläne des Gemeinderats eingetreten sind. Also die Leistungen wie die Strassenreinigung oder die Marktpolizei, Institutionen wie der Robinson-Spielplatz, das Forum du bilinguisme und viele mehr.

Institutionen in der Pflicht

Und auf ebendiese Institutionen setzt die Linke auch für den Abstimmungskampf. «Die von den Substance-Massnahmen betroffenen Institutionen wissen: Wir haben noch nichts gewonnen; dazu müssen wir auch die Budget-Abstimmung gewinnen», sagt Tanner. Sie sieht hier denn auch ein grosses Mobilisierungspotenzial; diese Institutionen seien gut vernetzt. Gebündelt werden diese Kräfte etwa in «Biel für alle», das versucht wird, statt mit parteipolitischen Argumenten die betroffenen Institutionen in den Vordergrund zu rücken, so Tanner. Nebst diesen nicht-politischen Organisationen gehen aber auch alle linken Parteien von der PdA, den Grünen, dem PSR, der SP bis zur Passerelle in den Abstimmungskampf, versichert Rüber.

Wie aber soll man der Bieler Stimmbevölkerung eine Steuererhöhung schmackhaft machen? Stefan Rüber gesteht: «Ich glaube nicht, dass irgendjemand gerne freiwillig mehr Steuern zahlt.» Aber bei vielen Leuten sei das Verständnis da, dass das Gemeinwesen einen Preis habe. Und Tanner möchte hier präzisiert haben: «Es klingt oft so, als käme die Forderung nach höheren Steuern vom linken Parlament – das hat aber der Gemeinderat sowieso auch vorgeschlagen.» Was allerdings von der linken Mehrheit im Parlament kommt, ist die zweite Budget-Variante mit einer zusätzlichen Steuererhöhung für Unternehmen. In den parteiinternen Diskussionen würde Tanner für eine Stimmfreigabe plädieren; sie persönlich sei eher dafür. «Aber da kann die Bevölkerung selbst wählen, und ich bin sehr gespannt zu sehen, wie sie sich entscheiden wird», so Tanner.

Was wird die Bevölkerung machen? Tanner und Rüber gestehen ein: Der Zeitpunkt mit den hohen Energiekosten und der generellen Inflation sei denkbar schlecht, um eine Steuererhöhung unterzubringen. Aber sie geben sich dennoch zuversichtlich – auch, weil die linke Bewegung gute Kontakte pflege und auf ein breites Netz an nicht-politischen Institutionen zurückgreifen könne.

Und Rüber setze darauf, dass viele verstünden: «Es ist nötig, diesem Budget zuzustimmen.» Wer am Schluss recht behält, die Linken oder der Bürgerblock, wird sich an der Urne zeigen.

REKLAME

13.10.–5.12.2022

RIPOSA-WOCHEN

100% im Glarnerland produziert.

riposa
SWISS SLEEP

Pfister
Hallo VIELFALT

10%*
auf die Marke
riposa

pfister.ch

*10% auf das riposa-Sortiment, gültig bis 5.12.2022. Nicht kumulierbar mit anderen Vergünstigungen, nicht gültig für Services und bereits erteilte Aufträge. Als myPfister Member profitieren Sie von zusätzlichen 2% Bonus.